

Politischer Wegweiser

Mitteldeutsches Wochenblatt für Freiheit und Vaterland.

Der Politische Wegweiser erscheint wöchentlich einmal an jedem Sonnabend. — Preis pro Jahr 20 Mark. —
Anzeigenpreise: Für die federleichte Spaltenbreite 20 Goldmark. — Spalten im Wochenblatt 1 Mark.
— Anzeigenpreise: Für die federleichte Spaltenbreite 20 Goldmark. — Spalten im Wochenblatt 1 Mark.
— Anzeigenpreise: Für die federleichte Spaltenbreite 20 Goldmark. — Spalten im Wochenblatt 1 Mark.

Nummer 29 Halle (S.), Sonnabend, 26. September 1925 1. Jahrgang

Warum schweigt der Abg. Leopold? Enthüllungen aus dem Stahlhelm!

Salb sanken sie hin . . .

Die offizielle Entscheidung über die Antwort auf die Einladung der Afflierten an Deutschland ist zwar im Augenblick, da diese Stellen geschrieben werden, noch nicht gefallen. Im Grunde jedoch zweifelt niemand daran, daß Dr. Stresemann an der Konferenz teilnehmen wird. Allein — man muß den Deutschen das eine Stück zur Vorbereitung ihres neuen Unfalles bieten, und aus diesen Grundes wurde die Entfaltung des Kabinetts noch hinausgeschoben. Das wiederum bedingte automatisch eine Verzögerung des Zusammentritts des auswärtigen Ausschusses. — Diese verlorenen Tage bedeuten die den Deutschen gebauten goldenen Brücken für ihren Rückzug.

Vor einigen Tagen erst hat nach einer Rede Herrgts in Dresden eine Verammlung deutscher Vertreter eine Entschließung angenommen, in der es heißt: „Die Zustimmung zum Abschluß des Vertrages, durch den freiwillig in irgend einer Form deutsches Land preisgegeben wird, oder zum Eintritt in den Völkerverbund derzeitiger Gestaltung ist für eine deutsche Partei unmöglich. Es ist Aufgabe der Partei, durch ihre dazu berufenen Vertreter Annahme und Eintritt zu verhindern und insbesondere dadurch, daß eine Außenministerkonferenz nicht überhaupt nicht beabsichtigt wird, wenn nicht vorher die Erfüllung der wirklich unverzichtbaren Forderungen (vergl. die Rede des Grafen Westarp) durch bindende Zusage der Entente mächte zugesagt und sichergestellt ist. Können die Deutschen dieses Ziel nicht erreichen, so verlangt Selbstbehauptung und Selbstbehaltung der Partei in gleicher Weise vor der Gedanke an die Zukunft des deutschen Vaterlandes den Austritt aus der Reichsregierung.“

„Dunkel“ vorzuziehen. Wir hoffen, daß den Herrschaften dieses unwürdige Doppelspiel endlich geföhrt werden wird. Die Deutschenationalen müssen die volle Verantwortung für die Außenpolitik des Reiches mittragen oder aus der Regierung austreten. Es ist zwar ein unmöglicher Zustand, daß der deutsche Außenminister, wenn er zur Konferenz geht, wie unser demokratischer Parteivorsitzender Koch in der Sitzung des Parteiaussschusses am Sonntag im Reichstag sich ausdrückte: „Ich allein nicht getraut, und dem allein nicht getraut wird.“ Dennoch meinen wir, man müsse darauf bestehen, daß Herr Schiele Herrn Dr. Stresemann nach Locarno, oder wohin immer, begleite. Sonst würde das Westfeldspiel von neuem beginnen.

Sollten die Deutschenationalen den Außenminister unter das laubdünne Joch bestimm formulierter Voraussetzungen zwingen, meint das B. L., so dürfte er die Kabinetsfrage stellen. Die Deutsche Volkspartei steht jetzt aber einmütig hinter Herrn Stresemann und würde im Konfliktfall durch ihren Austritt aus der Koalition die Konsequenzen ziehen. Das würde eine Regierungss., wenn nicht eine Parlamentarische im Reich bedeuten, die eine solche in Preußen, wo alles nach endgültiger Klärung drängt, zweifellos nach sich ziehen würde. Die Deutschenationalen werden — das haben wir an dieser Stelle seit Wochen vorausgesetzt, den Vorher der Demütigungen bis zur Neige leeren und auch dem Sicherheitspakt zustimmen. Denn dann könnten sie in der Regierung bleiben und brauchen fürs erste im Reich keine Neuwahlen zu riskieren.

Die „Reinigten Vaterländischen Verbände Bayerns“ schämen aber bereits in einem „offenen Appell“, den wir der Wichtigkeit halber unseren Lesern nicht vorenthalten möchten. Die bedeutungsvollsten Sätze lauten: „Keine deutsche Regierung hat aber das Recht, in dieser Stellung Verpflichtungen einzugehen, die der Deutsche von heute und noch mehr der Deutsche späterer Generationen schroff ablehnen muß. Darum würden Vertreter der Reichsparteien, die ihre Wahl in den Reichstag den vaterländischen Kreisen verdanken, mit der Unterstützung einer solchen Politik das Band zwischen Wählern und Gewählten zerreißen. Schon die Behandlung mander innerpolitischen Frage durch den Reichstag, z. B. der sogenannten Aufwertungsfrage hat tiefe Verurteilung erzeugt. Möchte das deutsche Volk auch noch die bittere Erfahrung machen, daß dieser Vaterhandlungen trotz der Reichspräsidentenschaft Hindenburg zu einer erneuten, diesmal freiwilligen Verflachung Deutschlands führen, so würde, in Bayern wenigstens — kein vaterländischer Wähler zu solchen Parteien das notwendige Vertrauen aufbringen.“

Wahrlich, selbst der bornierteste deutschnationale Wähler dürfte beim Erwachen sich die Augen reiben und mit lautem Aufschrei: „Bin ich denn abermals betrogen.“

sen dienstliche und außerdienstliche Handlungen zur Pressebege und rechts verwendet würden. Hohe Beamte in beiden Dienststellen lagten über Verletzung der Amtspflicht und der Dienstverpflichtungen, die auf dieses Spiegelsystem zurückzuführen sei und zu einem Grade von Korruption zu führen drohe, daß sogar deutschnationale Beamte ein Herantreten an den Abg. Leopold zwecks Einstellung eines solchen Verfahrens beschlossen hätten.

Auf die Frage des Vorstehenden des Barmer-Ausschusses, ob denn der Abg. Leopold und Genossen den Beweis für ihre Behauptungen antreten wollten, erklärte Regierungsdirektor Weich bei dieser Gelegenheit, daß der Abg. Leopold es bisher vorgezogen habe, sich hinter seiner Immunität als Reichstagsabgeordneter zu verbergen, während sein Genossenschaftsbanner, Schiffleiter der Bergisch-Märkischen Zeitung, mit dem „Journalisten-Geheimnis“ operiere.

Wir haben schon in Nr. 27 dieses Blattes erklärt, daß der deutschnationale Abg. Leopold, soweit es sich bisher um die von ihm angelegentlich Beweisführung für seine öffentlich erhobenen Behauptungen handelt, die Pflicht habe, aus seiner Immunität herzutreten. Wir wiederholen jetzt diese Erklärung in veräusert Form, da es sich nunmehr um den Vorwurf handelt, daß der deutschnationale Abg. Leopold bei der Unterhaltung eines Beamtenspiegelungssystems zum mindesten mitgewirkt habe. Zu diesem öffentlich und eidlch erfolgten Vorwurf muß der Abg. Leopold Stellung nehmen. Es wäre ungeheuerlich und unerträglich, wenn man annehmen müßte, daß Abgeordnete, also Vertreter des deutschen Volkes, zur Errichtung eines Spiegelsystems die Hand bieten, das den Beamtenschieber und damit das Rückgrat des Staates auf das schwerste schädigen muß. Wir erwarten somit eine eindeutige und schnelle Erklärung des Abg. Leopold.

Staats- oder Kirchenschule?

Entwurf eines Gesetzes zur Ausführung des Art. 146 Abs. 2 der Reichsverfassung und über die Erteilung von Religionsunterricht in den Volksschulen.)

Von Emmy Weckmann-Samborg, Mitglied der Bürgerk.

Im Januar 1925 entschieden sich 73 Stimmen im bayerischen Landtag für die Annahme des Konkordats mit der römisch-katholischen Kirche, 32 Stimmen wurden dagegen abgegeben. Gegenüber den offensbaren Eingriffen der Kirche in die durch die Reichsverfassung gewährleistetete Staatshoheit über die Schule, die in diesen Verträgen — wie sie schließlich auch mit evangelischen Kirchen abgeschlossen wurden — lag, erhob sich in allen freikirchlichen Kreisen die Frage: Was wird das Reich tun? Wird es laßt der ihm zustehenden Grundgesetzgebung auf diesen Gebiet nicht Einsprache erheben gegen diesen doppelten Übergriff? Mit Bestreben und Empörung mußten wir damals vom bayerischen Ministerpräsidenten Herr Heß hören, daß Reichsminister Marx mitgeteilt habe, daß namens der Reichsregierung auf Grund der Reichsverfassung Einwendungen nicht erhoben werden.

Kunnecht ist das gefehlen, was Hoffnungen aus dieser Haltung schon damals schloßen. Die Reichsregierung hat eine Gesetzgebung über die religiöse Gestaltung der Schule beschlossen, die im Sinn und Geist sich mit der des bayerischen Konkordats deckt!

Der vielbesprochene Art. 146 der Verfassung stellt folgendes Prinzip für die Gestaltung unseres Schulwesens auf: „Das öffentliche Schulwesen ist organisch auszugestalten. Auf einer für alle gemeinsamen Grundschule baut sich das mittlere und höhere Schulwesen auf. Für diesen Aufbau ist die Mannigfaltigkeit der Lebensverhältnisse für die Aufnahme eines Kindes in eine bestimmte Schule, und gesellschaftliche Stellung oder des Religionsbekenntnisses seiner Eltern maßgebend.“

Der Abs. 2, der als das berichtigte Schulkompromiß zwischen Sozialdemokratie und Zentrum ausgemacht wurde, lautet: „Innerhalb der Gemeinden sind indes auf Antrag von Erziehungsberechtigten Volksschulen ihrer Selbstbestimmung oder ihrer Abgrenzung einzurichten, soweit hierdurch nicht beeinträchtigt wird. Der Wille der Erziehungsberechtigten ist möglichst zu berücksichtigen. Das Nähere bestimmt die Landesgesetzgebung nach den Grundübungen eines Religionsgesetzes.“

Beamtenspiegelungssystem des Abg. Leopold?

Zur Dedung der in der Barmer-Angelegenheit bloßgestellten Staatsanwaltschafts-Affessoren Kuhmann und Gajpary hatte der deutschnationale Abg. Leopold schwere öffentliche Anschuldigungen gegen den Regierungsdirektor Weich, den Chef der Berliner Kriminalpolizei, erhoben. Diese Anschuldigungen sind bereits in einer Erklärung des Reichslichen Kreisdienstes, also von amtlicher Seite, als völlig unbegründet und sogar als leistungsfähig aufgestellt, zurückgewiesen worden, ohne daß der Abg. Leopold bisher Verantwortung genommen hat, den in seiner Berufsunfähigkeit in Aussicht gestellten Wahrheitsbeweis zu führen oder auch nur einen Versuch nach dieser Seite hin zu machen. Selbst der Regierungsdirektor Weich in seiner Eigenschaft als Zeuge vor dem Barmer-Ausschuß und unter seinem Eide ausgelagt, daß von dem deutschnationalen Abg. Leopold im Verein mit einigen Gleichgesinnten beim Polizeiministerium sowohl als auch beim Berliner Polizeipräsidium ein Beamtenspiegelungssystem unterhalten werde, vermöge der

die unentgeltlichen Wähler vertieren jedoch noch gegen die Konferenz und die würdeloseste aller bisher-herigen Arten der Erfüllungspolitik. Der „Total-Anzeiger“ erklärte erst vor einigen Tagen: „Wir werden bis zum letzten Augenblick — wer immer auch dafür sei! — gegen einen „Sicherheitspakt“ sein, der unteren Feinden ihren Raub und die Befreiung unserer letzten denkbaren Anwartschaft in Europa sichern soll und uns unter nationales Elend.“

Heute taucht es bereits anders im deutschnationalen Wählermalde, denn inzwischen ist zum Rückzug geblieben worden! Die „Deutsche Tageszeitung“ meint plöschlich die Gesamtlage Deutschlands weist schließlich nicht schlagbar werden, wenn man die Einladungen zur Außenminister-Konferenz ohne triftige Begründung ablehnt oder die Antwort mit ganz neuen Forderungen und Vorbehalten, die offensichtlich über jene der deutschen Note vom 20. Juli hinausgehen, belassen wollte. „Die Verantwortung hierfür und für ein auf solche Weise etwa verurteiltes Scheitern der Vaterhandlungen könnte von der deutschen Rechte nicht getragen werden!“

Es ist nun natürlich nicht leicht, der mit nationalen Wählern gefütterten Herde

den neuen Unfall den völligen Gefährdung noch hinauschieben, und so mag sich denn das deutsche Volk und die übrige Welt Gedanken, die die deutschnationalen Minister und Parteiführer den Mut aufräumen, Farbe zu bekennen. Wir fürchten, daß sich die „schwebenden Gestalten“ auch jetzt noch vor der endgültigen Stellungnahme herumzudrücken laden werden. Ihre Minister werden zwar der Zeitnahme an der Konferenz zustimmen, aber den Wählern gegenüber so tun, als seien sie dadurch keineswegs von den „nationalen Forderungen“ abgewichen. Auf diese benehme Weise könnte die Partei im Kabinett verbleiben und gleichzeitig den Wählern weiter „blauen

Der neue Lehrer.

Lehrerbildung ist ein kulturpolitischer Faktor! Diese These liegt den beiden ersten richtunggebenden Vorträgen, mit denen der große Kongress „Der neue Lehrer“ (30. Sept. bis 4. Okt.) in Berlin eröffnet wird, zu Grunde. Volksschuldirektor Dr. Paul Horngstein gibt die Analyse in „Lehrerschaft und Kulturfrage“, der Vorsitzende des „Bundes Entschiedener Schullehrer“, Professor Paul Deichreich vertritt in das Schulgesetz und die Erziehung zur Totalität den Aufbau der nötigen Zukunft. Der Berliner Kongress arbeitet also nicht mit dem üblichen Vorwand der „absoluten“ Pädagogik. In der Zeit der Konfessionspolitik, der konfessionellen Lehrerakademien usw. ist die kämpferische Front zum mindesten ehrlich und mutig. Programme und Karten durch die „Werktreue“, Berlin W 35, Potsdamerstr. 104.

Die Bedeutung der Kreis- und Provinziallandtagswahlen.

(Der Landbund als „Sparjamiteipolitik“.)

Vergleichen damit zu rechnen ist, daß die Wahlen zu den Kreis- und Provinziallandtagen auf den November verlegt werden, so legen doch schon jetzt die Reichsparteien und an ihrer Spitze der Landbund alle Hebel in Bewegung, um die Stimmung der Wähler für sich einzufangen. Man weiß sehr gut, daß die Provinzialverwaltung zunächst nach der finanziellen Seite hin sehr wichtige Aufgaben zu lösen hat, für die man gar zu gern das Heft wieder in die Hände bekommen möchte, und außerdem spielt man dabei nach der Zusammenziehung des Reichstags und des preussischen Staatsrats, um sojugal von unten her den politischen Einfluß der Reaktion wieder zur Geltung zu bringen. Dasselbe gilt für die Kreistage. In früheren Jahren galten diese mit Recht für die Domänen der Reaktion. Von hier aus warf man die beherrschenden Machtmittel in die Wagtschale zugunsten der Partei, die seit Jahrhunderten in Preußen die herrschende war. Die Vorstandslisten der Landräte, Amtsvorsteher, der Beamten der Kreisverwaltungen, die ganze Handhabung des Verwaltungssystems und die Verwendung der Kreismittel unterliegen dem Einfluß des Großgrundbesitzes und seines konteraktuellen Anhangs. Mit dem Zusammenbruch des alten Systems hat sich das Bild geändert. Aber man möchte die alte Macht wieder haben und zwar auf dem Wege eines sogenannten „nationalen Ordnungsbloßes“.

Für diesen macht besonders der Landbund eine recht kostspielige Propaganda. Man will, wie er in großen Aufwindungen betont:

Geordnete Verhältnisse, sorgfältig vorgebildete und ausgeübte Verwaltungsbeamte, Mehrheiten in den Parlamenten der Kreise und Provinziallandtage, die sich ihrer Pflicht gegen die Wähler bewußt sind und nicht auf deren Kosten unnötige Dinge beschließen und Rückkehr zur Sparjamitei.

Die Führung der Vaterländischen Verbände, des Landbundes, der Deutschnationalen Volkspartei, der Deutschen Volkspartei und der Deutschvölkischen Freiheitspartei hätten sich, so heißt es in dem Aufruf, bereits die Hände gereicht, und es liege nun an den Wählern, dem „Ordnungsbloß“ freie Bahn zu schaffen. Die gewiß ungemollte Ironie, die darin liegt, daß in dieser Blodgemeinschafft ausgerechnet der Landbund zur Sparjamitei auffordert, scheint man nicht zu fühlen. Aber nach der ungeheuren Mißwirtschaft, die gerade in Landbundsvereinigungen mit den Geldern der Kleinbauern bisher betrieben worden ist, und nach der erwiesenen Tatsache, daß man diese Gelder, die wirtschaftlichen Aufgaben dienen sollten, vielfach für politische Propagandazwecke herausgerissen hat, dürfte in erster Linie der Landbund den ungeeigneten Wortführer für Ordnung und Sparjamitei abgeben. Und was im übrigen hinter der angebotenen „nationalen Arbeit und Leistung“ der ganzen Blodgemeinschaft steckt, läßt sich auf die Formel „Jurisdiktion der parteipolitischen Macht in den preussischen Verwaltungsparlamenten“ bringen. Die provinziellen Spitzenkörper sollen wie früher die politische Plattform bilden, von der aus man die Fäden knüpfen und dann wieder rücksichtslos herrschen kann. Und die Beamten sollen „ausgelehrt“ werden. Wie eine solche Erziehung ausfallen wird, kann man sich denken.

Haus Parlamenten und Parteien

Der Parteiaussschuß der deutschen Demokratischen Partei.

trat am Sonntag im Reichstagsgebäude zu einer aus allen Teilen des Reiches überaus gut besuchten Tagung zusammen. Nachdem der Vorsitzende, Reichsminister a. D. Koch, dem dahingelebenden Vorstandsmittglied Friedrich Weinbäuer einen sehr herrlichen Nachruf gewidmet hatte, beschloß der Parteiaussschuß zunächst, den Reichsparteitag in den ersten Tagen des Dezember (etwa vom 4.—6.) in Breslau stattfinden zu lassen. Hierauf erstattete Koch einen glänzenden Bericht über die abgelaufene Reichstagsession, in dem er die Regierungstätigkeit der Deutschnationalen einer scharfen Kritik unterzog. Koch schloß seine außenpolitischen Ausführungen mit den Worten: „Entweder wird Europa ein Balkan, oder es wird ein Pan-Europa.“

Hervorragende wirtschaftspolitische Referate wurden gehalten vom Reichstagsabgeordneten Dr. F. Fischer, Köln (über Finanz- und Steuerfragen) und vom Reichstagsabgeordneten Meyer, Berlin (über die Tätigkeit der Reichstagsstation in der Zoll- und Handels-

politik). Die Ansprache ergab die vollständige Uebereinstimmung des Parteiaussschusses mit der Reichstagsstation in allen Grundgedanken und Tatsachen und führte zu der einstimmigen Annahme folgender Entschliessung:

„Der Parteiaussschuß spricht der demotokratischen Reichstagsstation, insbesondere ihren bewährten Vorkämpfern und den Mitglieder, die im schweren Kampf um eine vernünftige Steuer- und Zollpolitik in der ersten Reihe gelandeten haben, seinen Dank aus. Er gibt seiner Bewunderung darüber Ausdruck, daß der von der D. D. P. stets vertretene Standpunkt in der Außenpolitik und zur republikanischen Reichsverfassung in steigendem Maße die selbstverständliche Grundlage der deutschen Politik geworden ist.“

Terner fand nachstehende Resolution gleichfalls einstimmige Annahme:

„Der Parteiaussschuß spricht die Erwartung aus, daß die Fraktionen des Reichstages und der Landtage bestrebt sein werden, eine Ausdehnung der ungelösten und rücksichtigen Hausinsinieren für die Zwecke des allgemeinen Staatsbedarfes zu verhindern.“

Hierauf hielt Staatsminister Weisk, Nürnberg, ein bedeutendes, temperamentsvolles Referat über den Reichstags- und die Reichstagsstation. Er rief den mit unsrer Vorkämpfer von anderer Seite unterrichtet. Einknistung wurde unter lebhafter Zustimmung folgende Entschliessung angenommen:

„Die D. D. P. lehnt den durch die Presse bekannt gewordenen Reichsschulbeschlüssen, weil im Widerspruch stehend zu Wort und Geist der Verfassung, mit Entschiedenheit ab, und legt Verwahrung gegen den hochbedeutendsten Verfassungsbruch ein. Das geplante Reichsschulgesetz verstößt auf die grundsätzliche Grundlegung und Verfassungsrecht gegebene Staatschule und entzieht der Staat zu Gunsten einer kirchlichen Schulweise, welche die von allen preisgegebenen geistlichen Schulverhältnisse weit hinter sich läßt. Es raubt dem deutschen Schulwesen jegliche Selbständigkeit, dem deutschen Lehrerstand die durch die Verfassung gegebenen staatsbürgerlichen Rechte. Es unterwirft alle Kinder, die durch die Verhältnisse gezwungen, Bekanntheitsstellen besuchen müssen, einem unerbötlichen Gewissenszwang und unterbindet jegliche Entwicklung im Sinne des Art. 148 Abs. 1 der Verfassung. Die nach Art. 174 der Reichsverfassung besonders zu schützende Simultan- und Hilfsschule, die in Preußen und Ostpreußen noch besteht, wird durch die Verfassung aufgehoben. Der Entwurf weist eine Akerialisierung des geplanten Schulwesens ein, die zu heftigen, die Volkseinheit dauernd gefährdenden Kämpfen führen muß.“

Die Befreiungsfeiern

in den bisher besetzten Gebieten des deutschen Westens haben ihren Anfang genommen, und es ist ganz selbstverständlich, daß die Bevölkerung jener deutschen Landesteile ihrer Freude über die wiedergewonnene Freiheit einen entsprechenden Ausdruck verleihen. Ebenso selbstverständlich ist es auch, daß die deutschen Stammesangehörigen, die von einer Bezeichnung verhöhnt geblieben sind, an dem Jubel ihrer Brüder im Westen lebhaftesten Anteil nehmen. Ueber den Feiern aber sollte man doch niemals die Tatsache vergessen, daß es ausschließlich die Erfüllung- und Friedenspolitik gewesen ist, durch die das Deutsche Reich die wider Vertrag und Recht befestigten Gebiete neu gewonnen hat, und daß nur dann, wenn der Weg dieser Politik weiter gegangen wird, eine baldige Befreiung der Lande auch links des Rheins vom fremdländischen Joch möglich ist. Gewisse Elemente deren Wirken nichts weiter ausgerichtet hat, als die Befreiung Westdeutschlands zu verlangen, sind schon dabei, die Dinge umzuwenden und die Früchte einer von ihnen leidenschaftlich bekämpften Politik für sich einzuharfen. Wir hoffen, daß sie sich verrechnen. Die Einheit und der gesunde Sinn des Volkes an Ruhr und Rhein teilen die Zusammenhänge und ist nicht gewillt, sich die tiefe Befreiung über den Wiederanfall an Deutschland durch das Treiben nationalistischer Heißhühner verderben zu lassen.

Monarchistische Propaganda in Ostpreußen.

Der ehemalige Kronprinz von Preußen hat kürzlich mit seiner Gemahlin und dem ältesten Sohne eine Reise nach und durch Ostpreußen unternommen. Natürlich nur eine private. Und wenn gewisse Teile der ostpreussischen Bevölkerung diesen Besuch anders aufzufassen und für politische Zwecke auszunutzen, so ist das sehr gegen den Willen des früheren Kronprinzen. So nehmen wir wenigstens an, obwohl wir uns denken können, daß eine andere Persönlichkeit sich vornehmer verhalten und einen unangeneblichen Eifer begeisterter Anhänger gründlich bändigen würde. Es war ja auch von vornherein nicht anders zu erwarten, als daß die reaktionären Elemente der Provinz Ostpreußen die Fahrt des ehemaligen Kronprinzen für ihre Zwecke auszunutzen würden. Sagen sie daselbst doch bei den Besuchen in Hindenburg und Ludendorffs getan. Man braucht nur die Berichte der deutschnationalen Presse zu lesen, um sofort zu erkennen, wozu das ganze bei dieser Gelegenheit aufgetriebene Schaupendel dienen soll. Mit Stolz wird u. a. berichtet, daß in Allenstein, das im Schmutz schwarzweißer Fahnen prangte, die vaterländischen Verbände Aufstellung genommen hatten, und daß der Kronprinz sichtlich erfreut die Front abstrich, eine Reihe alter Soldaten, besonders Mitglieder des Stahlheimes, ins Gespräch ziehend. In den Dörfern gab es Girlanden mit der Aufschrift „Sei Hohenzollern!“ In der Stadt Löben mit der Feste Wonen ließ sich der Kronprinz, „Worttag halten“ — von wem? Etwa von einem aktiven Reichswehroffizier? Welchen Zweck die monarchistische Propaganda dienen soll, ist schwer ersichtlich, denn praktischen Erfolg im Sinne

ihrer Urheber wird sie bestimmt nicht haben. Dagegen wird durch sie wieder ein Moment der Zwietracht in die Bevölkerung getragen, der jetzt nichts dringender notiert, als Einigkeit.

Sportfest der Schutzpolizei.

Die Schutzpolizei in Halle veranstaltet am Mittwoch, den 20. September, 2 Uhr nachmittags in der ehemaligen Artillerieoffizierskaserne und auf dem Sportplatz 98 (Hattenbr.) ihr diesjähriges Sportfest (Reiter- und sportliche Kampfspiele). Wir glauben, daß nicht nur das Interesse an den Sportspielen, sondern das Interesse an unserer Schutzpolizei überhaupt, viele Freunde zum Besuch des Sportfestes veranlassen wird. Freizeutertel und Ball in den Räumen der Sackhoffbrauerei geben abends dem Fest seinen Abschluß.

Uns den Vereinen

Jungdemokraten Halle.

Die Jugendgruppe veranstaltet anläßlich des Geburtstages von Walter Rathenau am Mittwoch, den 30. September, abends 8 Uhr, in den Ausbäumen des Remontrage-Schuhhauses, Herz, eine Rathenau-Gedenkfeier. Stud.-Nat. Steber spricht über „Zeitgenössische Gedanken über Rathenau“. Anschließend einige musikalische Vorträge, die der Würde der Veranstaltung Rechnung tragen. Es ist Pflicht, an dieser Feier teilzunehmen. Freunde unserer Bewegung sind herzlich eingeladen.

Silberhochzeit. In großer Feische feierte am Donnerstag, den 24. September das Ehepaar Karl Fuhs in Duerfur das Fest der silbernen Hochzeit. Herr Fuhs ist einer unserer treuesten Parteifreunde, der stets an seiner demotokratischen Ueberzeugung festgehalten und sich auch öffentlich zur Partei bekannt hat. Weit über den Rahmen der Partei hinaus aber erfreut er sich in Duerfur und im ganzen Kreise berechtigten Ansehens als aufrechter Mann und lebenswürdige Persönlichkeit. — Auch seine Gattin ist eine treue Demokratin. Wir wünschen dem Silberpaar viel Glück und Segen für den weiteren Lebensweg.

Deutsche Demotokratische Partei Weihenfeld. Wir veranstalten am Sonntag, den 27. September 1925 einen Familienausflug Treffpunkt nachmittags 3 Uhr im Bahnhofs-Restaurant Leipzig. Dortselbst: Freischießen, Ringwerfen und sonstige Unterhaltungsspiele und Uebertragungen für die Kinder. Rückmarsch mit Laternen und Musik abends 7 Uhr, oder Rückfahrt mit dem Zug 7 Uhr. Eintritt frei! Gäste sind herzlich willkommen. Um recht zahlreiche Beteiligung wird gebeten. Bei ungünstiger Witterung im Saale. Der Vorstand.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold.

Dringspale Halle. Sonntag, den 27. September, punctlich 10 Uhr, im Volkspark (Heiner Saal): Mitgliederveranstaltung. Zu dieser Veranstaltung müssen sämtliche Kameraden erscheinen. Eine ordnungsmäßig geführte Mitgliederkarte meine Zutritt. Der Vorstand.

1. Bezirk. Sonabend, den 28. September, abends 7 ein halb Uhr, im „Schwarzen Bär“: Familienabend. Kameraden, Jugendliche und Familienangehörige sind hiermit kameradschaftlich eingeladen.

Kapitän z. See Perjus in Halle.

Auf Einladung der Deutschen Friedensgesellschaft und verschiedener republikanischer Organisationen hielt am 17. d. M. der bekannte Marineoffizier Kapitän z. See a. D. Perjus im überfüllten Wintergartensaal einen Vortrag, in dem er in leichtem Klavier die persönlichen Erlebnisse schilderte, die ihn — vom Kaiserlichen Geostoffler zum Pazifisten und Republikaner — gewandelt haben. Eine lebhafteste Aussprache, an der sich Vertreter aller Richtungen beteiligten, hielt die Versammlung bis gegen Mitternacht beisammen. Die gepannte Aufmerksamkeit der Hörer und der klärenden Botschaft, der dem Redner geollt wurde, bewies, daß die hallische Bevölkerung dem Pazifismus keineswegs mehr gleichgültig gegenübersteht. Besonders erfreulich ist es, daß man nunmehr auch im bürgerlichen Lager einleuchten beginnt, daß dem staatsmännlich-militärischen Treiben der nationalistischen Verbände entgegengetreten werden muß.

Beamtentag für die Schöffentagung. Freda Marie Gräfin zu Dohna, für den Angehörigen und Bezirk: Deutsche Demotokratische Partei. Sämtlich in Halle. Druck: Buchdruckerei der Allgemeinen Zeitung, Leipzig.



Wuschbär
Wuschbär
Wuschbär

Den richtigen Herrenhut finden Sie stets bei mir.

Hauptpreislisten:
9 50 8 50 7 50 5 95

Große Auswahl in Sport- und Clubmützen.

Morig Rosewitz,
Halle a. S., Steinweg 7.

Der neue Lehrer
Die Bedeutung der Kreis- und Provinziallandtagswahlen
Der Parteiaussschuß der deutschen Demokratischen Partei
Die Befreiungsfeiern
Monarchistische Propaganda in Ostpreußen
Sportfest der Schutzpolizei
Uns den Vereinen
Jungdemokraten Halle
Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold
Kapitän z. See Perjus in Halle
Wuschbär
Den richtigen Herrenhut

Politischer Wegweiser

Mitteldeutsches Wochenblatt für Freiheit und Vaterland.

Der Politische Wegweiser erscheint wöchentlich einmal an jedem Sonnabend. Preis: 50 Cents. —

Verlagspreis: 50 Cents. —

Abonnementspreis: Für die Reichspostamt-Nr. 20 20 Cents. —

Nummer 29

Halle (S.), Sonnabend, 26. September 1925

1. Jahrgang

Warum schweigt der Abg. Leopold? Enthüllungen aus dem Stahlhelm!

Salb sanken sie hin . . .

Die offizielle Entscheidung über die Antwort auf die Einladung der Alliierten an Deutschland ist zwar im Augenblick, da diese Joten geschrieben werden, noch nicht gefallen. Im Grunde jedoch zweifelt niemand daran, daß Dr. Stresemann an der Konferenz teilnehmen wird. Allein — man muß den Deutschnationalen doch eine Frist zur Vorbereitung ihres neuen Ultimatums gönnen, und aus diesem Grunde wurde die Entlassung des Kabinetts noch hinausgeschoben. Das wiederum bedingt automatisch eine Verschiebung des Zusammentritts des Unversöhnlichen Ausschusses. — Diese verlorenen Tage bedeuten die den Deutschnationalen gebauten goldenen Brücken für ihren Rückzug.

Rede Herzt in Dresden

Eine Versammlung deutschnationaler Vertreter eine Entscheidung angenommen, in der es heißt: „Die Zustimmung zum Abbruch des Vertrages, durch den freiwillig in irgendeiner Form deutsches Land preisgegeben wird, oder zum Eintritt in den Völkerverbund und zugehörige Gestaltung ist für eine Deutschnationale Partei unmöglich. Es ist Aufgabe der Partei, durch ihre dazu berufenen Vertreter Annahme und Eintritt zu verhindern und insbesondere durchzusetzen, daß eine Außenminister-Zusammenkunft überhaupt nicht befohlen wird, wenn nicht vorher die Erfüllung der wirklich unverzichtbaren Forderungen (vergl. die Rede des Grafen Westarp) durch bindende Zusage der Entente-mächte zugestanden und sichergestellt ist. Können die Deutschnationalen dieses Ziel nicht erreichen, so verlangt Selbstbehauptung und Selbsterhaltung der Partei in gleicher Weise wie der Gedanke an die Zukunft des deutschen Vaterlandes den Austritt aus der Reichsregierung.“

Austritt aus der Reichsregierung

Herr Herzt hat hernach erklärt, daß er — der Partei vorliegend! — in einer Versammlung, lediglich den Bericht über die auswärtige Lage erstattet“ habe! Die unentwegten Wähler wetterten jedoch noch gegen die Konferenz und „die würdelose aller bisherigen Arten der Erfüllungspolitik.“ Der „Lokal-Anzeiger“ erklärte erst vor einigen Tagen: „Wir werden bis zum letzten Augenblick — wer immer auch dafür ist! — gegen einen „Sicherheitspakt“ sein, der unseren Feinden ihren Raub und die Befreiung unserer letzten denkbaren Anwartschaft in Europa sichern soll und uns unser nationales Elend.“

Seute rückt es bereits anders im deutschnationalen Wählermalde, denn inzwischen ist zum Rückzuge gelangt worden! Die „Deutsche Tageszeitung“ meint nämlich, die Gesamtsitzung Deutschlands würde hauptsächlich gebilligt werden, wenn man die Einladungen zur Außenminister-Konferenz ohne triftige Begründung ablehnt oder die Antwort mit ganz neuen Forderungen und Vorbehalten die offenkundig über jene der deutschen Note vom 20. Juli hinausgehen, belassen wollte. „Die Verantwortung hierfür und für ein auf solche Weise etwa verurteiltes Scheitern der Parteiverhandlungen könnte von der deutschen Rechten nicht getragen werden!“

Es ist nun natürlich nicht leicht, der mit nationalen Wählern gefütterten Herde

den neuen Unfall

beizubringen. Man möchte den politischen Augenblick des völligen Gefährdungs noch hinauschieben, und so mag sich denn das deutsche Volk und die übrige Welt gebilden, bis die deutschnationalen Minister und Parteiführer den Mut aufräumen, Farbe zu bekennen. Wir fürchten, daß sich die „schwankenden Gestalten“ auch jetzt noch vor der endgültigen Stellungnahme herumdrücken werden. Ihre Minister werden zwar der Teilnahme an der Konferenz zustimmen, aber den Wählern gegenüber so tun, als seien sie dadurch keineswegs von den „nationalen Feinden“ abgewichen. Auf diese benehme Weise könnte die Partei im Kabinett verbleiben und gleichzeitig den Wählern weiter „blauen

Dunkel“ vormachen. Wir hoffen, daß den Herrschaften dies un würdige Doppelspiel endlich gestört werden wird. Die Deutschnationalen müssen die volle Verantwortung für die Außenpolitik des Reiches mittragen oder aus der Regierung austreten. Es ist zwar ein unmöglicher Zustand, daß der deutsche Außenminister, wenn er zur Konferenz geht, wie unter demokratischer Parteivorherrschaft noch in der Sitzung des Reichsausschusses am Sonntag im Reichstag sich ausdrückt, — „sich allein nicht getraut, und — und allein nicht getraut wird.“ Dennoch meinen wir, man müsse darauf bestehen, daß Herr Schiele Herrn Dr. Stresemann nach Locarno, oder wohin immer, begleite. Sonst würde das Vertickenspiel von neuem beginnen.

Sollten die Deutschnationalen den Außenminister unter das laudenswürdigste Joch bestimmter formulierter Voraussetzungen zwingen, meint das B. L., so dürfte er die Kabinetsfrage stellen. Die Deutsche Volkspartei steht jetzt aber einmütig hinter Herrn Stresemann und würde im Konfliktfall durch ihren Austritt aus der Koalition die Konsequenzen ziehen. Das würde eine Regierungs-, wenn nicht eine

Parlamentstriebe im Reich

bedeuten, die eine solche in Preußen, wo alles nach endgültiger Klärung drängt, zweifellos nach sich ziehen würde. Die Deutschnationalen werden — das haben wir an dieser Stelle seit Wochen vorausgesetzt, und dem Reichsamt bis zur Reife leeren und auch den Sicherheitspakt zustimmen. Denn dann können sie in der Regierung bleiben und brauchen fürs erste im Reich keine Neuwahlen zu riskieren.

Die „Reinigtigten Vaterländischen Verbände Bayerns“ schäumen aber bereits in einem „offenen Appell“, den wir der Wichtigkeit halber in jeder Zeilen nicht vornehmen möchten. „Die vollen Sätze lauten: „Keine deutsche Regierung, die in dieser Stellung Verpflichtungen der Deutsche von heute und noch mehr der Generationen scharf ablehnen muß. Darunter steht der Rechtspartheien, die in den Reichstag den Vaterländischen Verbänden vorzuziehen, mit der Unterfertigung der Reichspartei das Band zwischen den Gewählten zerreißen. So handlungsmäßig in innerpolitischen durch den Reichstag, z. B. der

Unwertungsfrage hat tiefe Verwurten Mühe das deutsche Volk auf eine Erfahrung machen, daß die handlungen trotz der Reichspräsidenten zu einer erneuten, diesmaligen Verfassung Deutschlands würde, in Bayernern wenigstens kein vaterländischer Wähler zu solch das notwendige Vertrauen auf

Waptsch, selbst der borniertere deutsche dürfte beim Erwachen die Augen auftun: „Was ist denn abgegangen.“

Beamten-Bespiegelung des Abg. Leopold

Zur Dedung der in der Barmer Angelegenheit bloßgestellten Staatsanwaltschafts-Äressoren Kaufmann und Caspary hatte der deutschnationale Abg. Leopold schwere öffentliche Anschuldigungen gegen den Regierungsdirektor Reich, den Chef der Berliner Kriminalpolizei, erhoben. Diese Anschuldigungen sind bereits in einer Erklärung des Reichslichen Kreisrichters, also von amtlicher Seite, als völlig unbegründet und sogar als leichfertige angelehnt, zurückerufen worden, ohne daß der Abg. Leopold bisher Veranlassung genommen hat, den in seiner Veröffentlichung in Aussicht gestellten Wahrheitsbericht zu liefern oder auch nur einen Versuch nach dieser Seite hin zu machen. Seit der Regierungsdirektor Reich in seiner Eigenschaft als Zeuge vor dem Barmer Ausschuss und unter seinem Eide angezogen, daß von dem deutschnationalen Abg. Leopold im Verein mit einigen Gleichgesinnten beim Außenministerium sowohl als auch beim Berliner Polizeipräsidium ein Beamtenbespiegelungssystem unterhalten werde, vermöge die-

sen dienstliche und außerdienstliche Handlungen zur Pressebegebe von rechts verwendet würden. Hohe Beamte in beiden Dienststellen trügen über Verletzung der Amtspflicht und der Diensterechtigkeiten, die auf dieses Spektakel zurückzuführen sei und zu einem Grade von Korruption zu führen drohe, daß sogar deutschnationale Beamte ein Herantreten an den Abg. Leopold zwecks Einsetzung eines solchen Verfahrens befohlen hätten.

Auf die Frage des Vorliegenden des Barmer Ausschusses, ob denn der Abg. Leopold und Genossen den Beweis für ihre Behauptungen antreten wollten, erklärte Regierungsdirektor Reich bei dieser Gelegenheit, daß der Abg. Leopold es bisher vorgezogen habe, sich hinter seiner Immunität als Reichstagsabgeordneter zu verbergen, während sein Geheimnisfreund Beamter, Schiffleiter der Verlags-Märkischen Zeitung, mit dem „Journalisten-Geheimnis“ operiere.

Wir haben schon in Nr. 27 dieses Blattes erklärt, daß der deutschnationale Abg. Leopold, soweit es sich bisher um die von ihm angeforderte Beweisführung für seine öffentlichen erhabenen Anschuldigungen handelt, die Pflicht habe, aus seiner Immunität herauszutreten. Wir wiederholen jetzt diese Erklärung in verklärter Form, da es sich nunmehr um den Vorwurf handelt, daß der deutschnationale Abg. Leopold bei der Unterhaltung eines Beamtenbespiegelungssystems zum mindesten mitgewirkt habe. Zu diesem öffentlich und endlich erfolgten Vorwurf muß der Abg. Leopold Stellung nehmen. Es wäre ungebührlich und unerträglich, wenn man annehmen müßte, daß Abgeordnete, also Vertreter des deutschen Volkes, zur Erchtigung eines Spektakels die Hand bieten, das den Beamtenkörper und damit das Rückgrat des Staates auf das schwerste schädigen muß. Wir erwarten somit eine eindeutige und schnelle Erklärung des Abg. Leopold.

Staats- oder Kirchenschule?

Es zur Ausführung des Art. 146

und über die Erteilung von Unterricht in den Volksschulen.)

Bon Hamburg, Mitglied der Bürgererschaftlichen sich 73 Stimmen im bayerischen Antrags des Kontrats mit der 32 Stimmen wurden dagegen den offensibaren Entziffern der Reichsversammlung genehmigte Schule, die in diesen Verträgen — die evangelischen Kirchen abgeschlossen sich in allen freireligiösen Kreisen das Reich tun? Wird es fruchtbar die kirchliche Erhebung auf diesem Gebiet gegen diesen doppelten Übergriff? Empörung mußten wir damals vom Präsidenten Herr Böhm, daß Reichsweite habe, daß namens der Reichsversammlung Einwendungen

geschehen, was Bestimmten aus die amals schlossen: Die Reichsregierung über die religiöse Gestaltung im Sinn und Geist sich mit der des ats deut! Eine Art. 146 der Verfassung stellt folgende die Gestaltung unseres Schulwesens auf: „Das öffentliche Schulwesen ist organisch auszugestalten. Auf einer für alle gemeinamen Grundschule baut sich das mittlere und höhere Schulwesen auf. Für diesen Aufbau ist die Mannigfaltigkeit der Lebensverhältnisse für die Aufnahme eines Kindes in eine bestimmte Schule, sind seine Anlage und Neigung, nicht die wirtschaftliche und gesellschaftliche Stellung oder des Religionsbekenntnisses seiner Eltern maßgebend.“ Der Art. 2, der als das berichtigte Schulkompromiß zwischen Sozialdemokratie und Zentrum ausgemacht wurde, lautet: „Innerhalb der Gemeinden sind indes auf Antrag von Erziehungsberechtigten Volksschulen ihrer Selektion ein geordnetes Schulbetrieb, soweit hierdurch nicht beeinträchtigt wird. Der Wille der Erziehungsberechtigten ist möglichst zu berücksichtigen. Das Nähere bestimmt die Landesgesetzgebung nach den Grundsätzen eines Religionsgesetzes.“

